

# Hoffnung für Schlaganfall-Patienten

Neue Behandlung am Klinikum Mitte kann schwere Folgeschäden verhindern / Statt mit Medikamenten wird mit einem Katheter gearbeitet

Ein schwerer Schlaganfall bedeutet für viele Patienten, dass sie danach mit Lähmungen, Problemen beim Sprechen und anderen Beeinträchtigungen zu kämpfen haben. Viele werden pflegebedürftig. Eine neue Behandlung soll dies verhindern – das Klinikum Mitte ist eines von wenigen Krankenhäusern in Deutschland, das diese Spezialtherapie anbietet.

VON SABINE DOLL

**Bremen.** Für Irene Börner ist es wie ein Wunder. „Meine gesamte linke Körperhälfte war gelähmt“, erzählt die 71-jährige Bremerin. „Und jetzt, nur drei Wochen später, ist fast alles wieder beim Alten. So, als wäre nichts gewesen. Wie ein Wunder eben.“

Es war der 6. Dezember. Während einer Massage bei ihrer Physiotherapeutin wurde Irene Börner plötzlich übel. Anfangs schob sie das flauere Gefühl im Magen auf das ausgelassene Frühstück und den Ter-

„So, als wäre nichts gewesen. Wie ein Wunder eben.“

Irene Börner, Schlaganfall-Patientin

minstress am Morgen. Die Übelkeit wurde aber immer schlimmer. „Außerdem begann ich zu frieren, meine Haut fühlte sich ganz kalt an, obwohl ich schwitzte“, schildert die 71-Jährige. „Als ich mich schließlich auf der Massageliege umdrehen wollte, konnte ich meinen linken Arm und das Bein nicht mehr bewegen.“

Irene Börner hatte einen Schlaganfall. Ihren fünften. Dieses Mal war ihr sofort klar, dass er schlimmer war als die vorherigen. Neben den Lähmungen konnte die 71-Jährige auch immer schlechter sprechen. „So als wäre ich betrunken, wie ein Lallen“, schildert sie das Geschehen. Die Vermutung der Bremerin, die trotz ihres Alters immer noch als Übungsleiterin Sportkurse gab, bestätigte sich bei der Untersuchung im Krankenhaus sehr schnell. Ein Blutgefäß im Gehirn war durch ein besonders großes Gerinnsel verstopft. Jetzt zählte jede Minute, um bleibende Schäden



Panagiotis Papanagiotou, Chefarzt der Klinik für Neuroradiologie im Klinikum Mitte, hilft bei Schlaganfällen mit einem Katheter. FOTO: FRANK KOCH

wie Lähmungen und Sprachverlust möglichst gering zu halten.

Bei sogenannten großen Schlaganfällen, wie ihn Irene Börner erlitten hat, ist dies besonders schwierig. Denn die Standardtherapie, bei der Medikamente das Gerinnsel auflösen sollen, ist in diesen Fällen sehr häufig erfolglos. Mit der Folge, dass Patienten plötzlich pflegebedürftig werden, im Rollstuhl sitzen, mühsam wieder Sprechen und Gehen lernen müssen, auf Betreuung angewiesen sind. Viele bleiben nach einem schweren Schlaganfall bettlägerig und erholen sich nicht mehr.

„Seit Neuestem können wir dieser Gruppe von Patienten helfen“, sagt Panagiotis Papanagiotou, Chefarzt der Klinik für Neuroradiologie im Klinikum Bremen-Mitte. „Möglich macht dies ein Verfahren, bei dem der Verschluss in dem Hirngefäß mechanisch entfernt wird.“ Das geschieht mit Hilfe eines Katheters, einem sehr feinen Draht, der über einen Gefäßzugang in der Leiste bis zu dem verstopften Hirngefäß vorgeschoben wird.

Dort angekommen, entfaltet sich an der Spitze des Katheterdrahtes ein winziges Gitterröhrchen, in dem sich das Gerinnsel

verfängt. Beim Zurückziehen des Katheters bleibt es dort hängen und wird mit herausgezogen – die Durchblutung ist wiederhergestellt. All dies geschieht unter permanenter Röntgenkontrolle: Am Monitor können die Ärzte den Weg des Drahtes Millimeter für Millimeter verfolgen und das Gerinnsel an Ort und Stelle entfernen.

Eine halbe bis eine Stunde dauert der Eingriff. Die Erfolgsquote ist hoch: Bei rund 90 Prozent der Patienten gelingt es nach Angaben des Chefarztes, das betroffene Gehirngefäß wieder zu öffnen und so schwere Folgeschäden zu verhindern.

„Wichtigster Faktor dafür ist aber die Zeit“, betont Papanagiotou. „Der Eingriff muss möglichst schnell nach dem Schlaganfall erfolgen. Am größten ist die Chance eineinhalb bis zwei Stunden danach.“

Das Klinikum Mitte hat sich auf die Behandlung von Schlaganfall-Patienten spezialisiert. Es betreibt eine sogenannte Stroke Unit, eine Spezialabteilung, in der alle Abläufe standardisiert, das Personal besonders qualifiziert ist und Ärzte und Pfleger rund um die Uhr einsatzbereit sind. 37 Betten gibt es auf der Stroke Unit, womit sie zu den größten solcher Schlaganfall-Spezialeinheiten in Europa zählt. Nach Angaben des Chefarztes werden hier im Jahr 2500 Patienten versorgt, 150 bis 200 von ihnen mit einem besonders schweren Schlaganfall, wie ihn Irene Börner erlitten hat. Viele von ihnen kommen aus dem Umland, weil kleinere Kliniken die Versorgung dieser Patienten mit schweren Hirninfarkten nicht vorhalten können. Dies treffe insbesondere auf das neue Verfahren zu.

„Am größten ist die Chance eineinhalb bis zwei Stunden danach.“

Panagiotis Papanagiotou, Chefarzt

Papanagiotou: „Das ist eine sehr hoch spezialisierte Therapiemethode, für die eine Klinik über eine sogenannte interventionelle Neurologie und das entsprechende Fachpersonal verfügen muss.“ Papanagiotou ist seit November am Klinikum Bremen-Mitte, zuvor war er am Universitätsklinikum des Saarlandes in Homburg in der Neuroradiologie tätig und hat dort Erfahrungen mit der neuen Schlaganfall-Behandlung gesammelt. Seit November sind bereits mehrere Patienten erfolgreich behandelt worden, ab Januar wird das Team um den Chefarzt erweitert.

Sein Ziel ist es, künftig noch stärker als bisher mit kleineren Krankenhäusern im Umland zu kooperieren. „Damit Patienten mit besonders schweren Schlaganfällen auf schnellstem Weg zu uns weitergeleitet und hier mit der spezialisierten Methode behandelt werden können“, betont der Chefarzt.

## LESERFORUM

### Zum Thema „Besteuerung der Renten“:

#### Es geht um die Gerechtigkeit

Ein Beamter hat es durch Klage bis zum Bundesverfassungsgericht geschafft, dass Renten, wie die Beamtenpensionen, besteuert werden, in mehreren Schritten bis 100 Prozent. Begründung: Alles im Rahmen ausgleichender Gerechtigkeit.

Nicht gerichtlich geklärt, da nicht behandelt, wurde die unterschiedliche Höhe von Renten und Pensionen. Die Rentenhöhe richtet sich nach Verdienst und Dauer der Einzahlung. Die Höhe der Pension richtet sich nach dem letzten Gehalt – zur Zeit sind das rund 70 Prozent. Die Rentner/innen bekommen nach lebenslanger Beschäftigung rund 50 Prozent. Bei Erhöhung der Beamtengehälter, zuletzt 3,5 Prozent, bekommen die Pensionäre/innen den gleichen Prozentsatz. Die Renten werden kaum erhöht, sondern abgemindert, sodass das mittlere Renteniveau von 50 Prozent auf 43 Prozent abgemindert wird. Bei den Pensionen steht eine Absenkung nicht zur Diskussion.

Ich möchte zu diesem Missstand klarstellen, dass die Polizisten, Feuerwehrlaute, Müllwerker etc. ihr wohlverdientes Altersruhegeld bekommen sollen. Es geht mir einzig und allein um die Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Keine Partei, keine Gewerkschaft, kein Rentner ist bereit, wegen dieser Ungleichheit, Ungerechtigkeit vor Gericht zu ziehen, gegen eine starke Lobby im Bundestag und gegen rund 1,2 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Es ist scheinbar aussichtslos. Also müssen die in der Privatwirtschaft Beschäftigten und dann später Rentner/innen weiter mit dieser Ungerechtigkeit leben.

ERHARD SCHAEFER, BREMEN

### Zum Thema „Richter halten Affenversuche für vertretbar“:

#### Wankelmut

Das muss unbedingt noch dazu gesagt werden: Wenn man bedenkt, dass die genetische Ausstattung von Affen mit denen des Menschen in über 98 Prozent übereinstimmt, ist es eine Schande für die gebilligten Affenversuche des Herrn Kreiter. Verhaltensforscher sind sich einig: Diese Tiere sind fähig, diffizil zu denken und zu fühlen. Leider hat die Evolution ihren Kehlkopf nicht so konzipiert wie den menschlichen, sonst könnten sie nämlich sprechen, und sie würden uns bittere Wahrheiten präsentieren, deren wir uns abgrundtief schämen müssten. Die Tatsache, dass die „verbrauchten“ Versuchstiere nach jahrelan-

gem Martyrium getötet werden, bedeutet doch auch, dass sie einen seelischen Schaden erlitten haben.

Warum die quälerischen Versuche an Affen durch Gerichtsbeschluss weiterbetrieben werden dürfen, ist klar: Eine einmal beschlossene jahrelange Forschung wird doch nicht zugunsten des Lebewesens Tier abgebrochen, damit würde sich unsere Gerichtsbarkeit der Uneinigkeit und Wankelmütigkeit in der Entscheidung aussetzen, nämlich die Versuche anfangs zu dulden und sie im späteren Verlauf zu untersagen.

Wir sind auf dem besten Wege, vom Homo sapiens zum „Homo brutalis“ zu mutieren – eine Entehrung des Mitgeschöpfes Tier.

KARIN HARKE, BREMEN

### Zum Thema „Landesmindestlohngesetz“:

#### Wie soll das gehen?

Es ist unverständlich, was die Handelskammer da reklamiert. Alle wollen Wachstum, wie soll das funktionieren, wenn man dem Verbraucher immer weniger Geld in die Hand gibt? Verstehen die Handelskammeroberen den Zusammenhang nicht? Ich zweifle mittlerweile an der Institution Handelskammer Bremen. Genauso ist es mit der Bettensteuer, wie auch immer die mal heißen wird, sie ist ebenfalls Unsinn. Hier hoffe ich auf gute Angebote aus dem niedersächsischen Umland, damit dem Land Bremen weitere Mittel versagt bleiben. Toll, was unsere Politiker so alles veranstalten.

WERNER BLUM, BREMEN

### Zum Thema „Werder Bremen“:

#### Ein bisschen üben

Liebe Werderverantwortliche: Wenn ich diese Saison Revue passieren lasse, muss ich feststellen, dass für die Rückrunde noch in einigen Bereichen tüchtig gearbeitet werden muss! Einige Beispiele: Damit wir endlich mal einen Einwurf auch zum Mitspieler hinbekommen, würde ich empfehlen, holt Euch Uwe Reinders ins Team, der zeigt Euch, wie es geht. Auch sind unsere Eck- und Freistöße eine Katastrophe! Es muss doch möglich sein, im Training Spielsituationen zu üben! Und zuletzt, übt doch bitte mal, vernünftige Flanken in den Strafraum zu bringen! Sicher kann man auch über das Spielerische reden, ich denke, wenn die Beispiele erst mal angegangen werden, kann man sich noch um andere Dinge kümmern. In der Hoffnung auf eine spielerisch bessere Rückrunde verbleibt Werder-Fan

HOLGER NAGEL, BREMEN

### Zum Thema „Diesen Kindern muss geholfen werden“:

#### Unbürokratisch helfen

Ein Lob an die Redaktion des Weser Kuriers, sich dieses Themas anzunehmen. Eigentlich sind sie ja unerwünscht, die Rumänen, die Bulgaren, die Roma. Überall werden sie vertrieben und ignoriert. Auch in unserer Stadt. Aus Gesprächen mit den Betroffenen kann ich nur bestätigen, dass die Lebensbedingungen für diese Menschen nach unseren Maßstäben regelrecht unmenschlich sind.

Wie kann es sein, das vier- oder sechsköpfige Familien in einem Zimmer zusammengepfercht wohnen müssen – zu Wuchermieten bis zu 600 Euro monatlich, ohne dass den Miethaien, die sich an der Armut bereichern, das Handwerk gelegt wird? Wie kann es sein, dass es in Gröppeligen, in Bremen-Nord und am Bremer Hauptbahnhof einen regelrechten Arbeiterstich gibt – Menschen ohne Versicherungsschutz und zu Hungerlöhnen schufteten müssen, ohne dass die zuständigen Behörden den Firmen auf die Fingern klopfen? Wie kann es sein, dass Bremer Ärzte aus Solidarität und Mitmenschlichkeit Menschen ohne Krankenversicherung behandeln – ohne dass das Gesundheitsamt hier eine bezahlte medizinische Notversorgung aufbaut? Unbürokratische und rasche Hilfe für die betroffenen Menschen ist die einzige richtige Antwort auf diese Zustände!

REINHARD SPOERING, BREMEN

### Zum Thema „Tausende Eltern zahlen keine Kita Gebühr“:

#### Zum Schämen

Da muss ich als fast 50-jähriger, kinderloser zukünftiger „Rentenschnorrer“ doch mal nachfragen, liebe Kinderbesitzer: Seid ihr die Eltern, die sich einen Schiet um die Umfrage der Sozialsenatorin, wie viele Kitaplätze denn tatsächlich benötigt werden, gekümmert haben? Oder seid ihr die Eltern, die vor Kurzem zum wiederholten Male an Schülerdemos teilgenommen haben und dort überhöhte Ansprüche an die Politik stellen? Vielleicht seid ihr die Eltern, die, falls berufstätig, von jeder von irgendeiner Gewerkschaft ausgehandelten Lohnerhöhung oder einer Umsatzprämie profitieren, aber den Kita-Angestellten keine Lohnerhöhung gönnt?

Gehören zu den säumigen Zahlern etwa die Eltern, die Kindergeld, und das nicht zu knapp, beziehen und zudem die Kitabeiträge noch steuerlich abschreiben können? Für solche Eltern, deren Kinder meine

Rente sichern sollen, muss ich mich schämen. Seitens der Behörde sollten sofort Inkassobüros und Rechtsanwälte eingesetzt werden, um das ohnehin klamme Bremen finanziell zu stützen.

UWE KOESTER, BREMEN

### Zum Thema „Inklusion“:

#### Unterstützen

Die neue Bildungssenatorin hat es nicht leicht. Die Inklusion ist nicht nur für Bremen eine seit 1949 im Grundgesetz festgelegte Grundaufgabe für Bildung. Bis jetzt glaubte man hier in Bremen, die Aufgabe „gleiches Recht auf Bildung für alle Deutschen“ am besten dadurch einlösen zu können, dass man auf lange Sicht alle Schüler in eine Pflichteinheitsschule schickt und deshalb alle Gymnasien und alle Sonderschulen abschafft. Gleichzeitig sollten in unserem Pleiteland so viele zusätzliche Lehrer eingestellt werden, dass alle Behinderten adäquat betreut werden können.

Schon bald merkte man, dass dies unmöglich und falsch war. Der Kampf ums Geld belastete das Verhältnis zwischen den Grünen und der SPD. Frau Jürgens-Pieper musste gehen. Die neue Senatorin war jahrelang Geschäftsführerin in der Arbeitslosenselbsthilfe. Vor wenigen Tagen wurde ein Bremerhavener Professor Träger des Bremer Bürgerpreises dadurch, dass er Obdachlose und Studenten zusammenführte, ein gutes Straßenblatt produzierte und vertrieb, bei dem die Obdachlosen durch eigene Anstrengungen ihr Einkommen und damit ihre Lebensqualität verbessern konnten.

In vielen Bremer Schulen helfen ehrenamtliche Bürger an der sinnvollen Fortbildung der Benachteiligten. An vielen Bremer Schulen helfen gute Schüler gratis ihren leistungsschwächeren Mitschülern. Solidarisches Handeln ist bei uns keine Einbahnstraße. Wir sollten alle dabei mithelfen, dass die neue Bildungssenatorin die sinnvolle Inklusion fördert.

KLAUS RUDEK, BREMEN

### Zum Thema „Widerstand gegen neue Beitragssätze“:

#### Das ist happig

Wir sind eine Familie mit drei Kindern (neun, sieben, sechs). Und ja, wir leben von zwei Gehältern. Das ist gut für Bremen, weil wir Steuern bezahlen und den Höchstbeitrag an Kindergartengebühren. Da wir gerne in dieser Stadt leben, sind wir durchaus bereit, unseren Beitrag zum Abbau der

kolossalen Finanzlöcher zu leisten. Aber auf einen Schlag 68 Euro mehr Kita-Gebühren (ein Plus von 20 Prozent!), das ist auch für uns verdammt viel Geld!

Die Sozialbehörde sagt, dieser extreme Preisanstieg trafe ja „nur die Gutverdiener“ und suggeriert damit, es handle sich um die oberen 10000 der Stadt. Von wegen! „Gutverdiener“, das sind beinahe alle Familien, in denen beide Elternteile ein ganz normales Einkommen haben. Deshalb ist man noch lange nicht reich! Auch wir müssen überlegen, wovon wir ständig neue Schuhe, neue Brillen und Zahnsparfen für drei Kinder kaufen und wie wir Schulmaterial, Ausflüge und Klassenfahrten finanzieren. Selbst eine Straßenbahnfahrt ist Luxus, wenn man zusätzlich für drei Kinder Tickets lösen muss. Und es ist einfach unverschäm von PolitikerInnen, so zu tun, als bezahlten Familien wie wir 800 Euro mehr im Jahr mal eben so aus der Portokasse!

WALLI MUELLER, BREMEN

### Zum Thema „Für Schwarzseher wird es eng“:

#### An anderer Stelle sparen

Kränkungen durch GEZ-Kontrollen und Unterstellungen durch GEZ-Post habe ich als Nichtfernseher geduldig ertragen. Ich fühle mich durch Presse und Radio umfassend informiert und benötige auch keine Einschlafhilfe Fernsehen. Ich besitze kein Gerät, mit dem Fernsehempfang möglich ist.

Da meine Geldmittel als Rentner begrenzt sind, muss ich bei entsprechender Zwangszahlung meine Spenden an das Deutsche Rote Kreuz, Ärzte ohne Grenzen e. V. und andere entsprechend kürzen. Das Geld, welches die notlindernden Organisationen dringend bräuchten, fließt so in den nimmersatten Rachen der Unterhaltungs-millionäre. Nach Herrn Kirchhofs Rechtsauffassung müsste ich die Brötchen dem Bäcker bezahlen, auch wenn ich sie nicht haben will, nur weil sie angeboten werden.

HERMANN MAKKA, BREMEN

REDAKTION LESERFORUM  
Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG  
Leserforum • 28189 Bremen  
Mail: [leserforum@weser-kurier.de](mailto:leserforum@weser-kurier.de)

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.